



Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Dienstag, 27. Juni 1978

Blatt 1555

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat
Informationsstelle im Assanierungsgebiet Ottakring
Wiener Ferienspiel: Mehr als eine halbe Million Spielmarken
- Lokal: 20.000 Wiener besuchten Fußball-WM-Ausstellung
(orange)
- Kultur: Promenadenkonzerte im Schwarzenbergpark
(gelb)

k o m m u n a l :

=====

wiener ferienspiel:

mehr als eine halbe million spielmarken in 5 jahren

9 wien, 27.6. (rk) mit einer stolzen bilanz konnte diensttag vizebuergemeisterin und jugendstadtraetin gertrude froehlich-sandner ueberraschen. im rahmen des wiener ferienspiels wurden in den ersten fuenf jahren seines bestehens mehr als eine halbe million spielmarken ausgegeben. wie die jugendstadtraetin bei einem pressegespraech mitteilte, ist dieser ueberwaeltigende erfolg bei der wiener jugend fuer die organisatoren zusaetzlicher anreiz, das spiel noch attraktiver zu gestalten. so wird es auch heuer wieder - das spiel beginnt kommenden montag - neben schon bewaehrten aktionen zahlreiche neuheiten geben.

neu angeboten werden unter anderem: ein karl-may-spiel im lainzer tiergarten mit einem indianerpfad und einer ausstellung in der hermes-villa, ein freizeitzentrum im donaupark mit radgeschicklichkeitsfahren, langlaufen, rollschuhlaufen, asphaltisstockschiessen, schachspielen und tischtennis und eine station handwerksberufe. bei dieser aktion stellen sich unter anderen die berufe hafner, emailleur, maler, tischler und spengler vor. ausserdem gibt es eine eigene sendung im orf-welle wien, die die kinder gemeinsam mit eva maria kaiser gestalten koennen, ein gastspiel des daenischen kindertheaters mit der "zauberfloete", teilnahmemoeglichkeiten an den veranstaltungen der heuer in wien stattfindenden "europeade" und rundfahrten auf der donau. fuer diese fahrten gibt es einerseits den donabus, mit dem die kinder den 2. und 20. bezirk umkreisen werden und andererseits dreistueendige fahrten mit den dampfern "schoenbrunn" und "stadt wien" von wien ueber klosterneuburg nach greifenstein und zurueck. fuer die gruppe a gibt es ausyerdem in den staedtischen buechereien eine aktion "grossmuetter und grossvaeter lesen vor", fuer die gruppe b die aufforderung als "fotoreporter unterwegs" tiere in der grosstadt zu fotografieren. zu dieser aktion gibt es auch die moeglichkeit von fotosafaris im wiener tierschutzhaus.

erstmals wird es auch eine eigene ferienspielzeitung geben, die in der stadtinformation sowie bei den stationen 1, 2, 3, 4, 9, 11, 17 und 19 zum preis von s 1,- erhaeltlich sein wird. fuer abonnenten kostet sie bei viermaligem erscheinen in der woche inklusive postzustellung zehn schilling pro woche.

bei zahlreichen der neuen und bereits bewaehrten aktionen des ferienspiels ist wegen begrenzter teilnahmemoeglichkeit eine voranmeldung noetig. wo diese erfolgen soll, geht jeweils aus dem spielpass hervor.

die spielpaesse werden in zwei gruppen - a fuer die 6- bis 10jaehrigen, b fuer die 10- bis 14jaehrigen - vor schulschluss ueber alle wiener schulen an die kinder verteilt. zusaetzlich wird es im eigens eingerichteten ferienspiel-informationsschalter in der wiener stadtinformation, der ab sofort montag bis freitag von 14 bis 18 uhr (telefon 42 800/4100 durchwahl) in betrieb ist, spielpaesse geben. fuer die teilnahme an jeder spielstation erhalten die kinder je eine marke zum einkleben in ihren pass. die ausgefuellten paesse koennen dann bei jeder filiale der "z", der ersten oesterreichischen und der laenderbank abgegeben werden. neu ist, dass es drei kategorieen von ausgefuellten spielpaessen geben wird. wer sechs verschiedene marken eingeklebt hat, kann am abschlussfest in der wiener stadthalle teilnehmen, bei acht marken gibt es ausserdem einen buchpreis und ab zehn marken nimmt das kind an der verlosung der "wuensch-dir-was"-preise teil. (may)

k u l t u r :

=====

promenadenkonzerte im schwarzenbergpark

1 wien, 27.6. (rk) wegen baustellenbetriebes muessen die im rahmen des musikalischen sommerprogrammes des kulturamtes der stadt wien geplanten promenadenkonzerte heuer statt im garten des oberen belvedere im park des palais schwarzenberg stattfinden. der park wird zu diesen konzerten frei zugaenglich sein. das erste promenadenkonzert wird hier am 3. juli stattfinden. insgesamt sind acht konzerte zwischen 3. juli und 21. august jeweils montags um 17 uhr vorgesehen. (may)

0853

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (1)

3 wien, 27.6. (rk) diensttag trat der wiener landtag unter dem vorsitz seines ersten praesidenten maria h l a w k a (spoe) zu einer sitzung zusammen. nach der einstimmigen wahl von regierungsrat ernst p a n n i (oevp) als ersatzmitglied fuer den bundesrat wurde die vereinbarung ueber die krankenanstaltenfinanzierung und die dotierung des wasserwirtschaftsfonds zwischen dem bund und den laendern verhandelt.

spitalsfinanzierung

str. hans m a y r (spoe) berichtete, dass in schwierigen verhandlungen versucht wurde, eine neuordnung der spitalsfinanzierung zu finden. die mittel werden auf zwei wegen aufgebracht, aus anteilen der mehrwertsteuer und durch staerkere beteiligung der sozialversicherungstraeger. der bundeszuschuss wird von 218 millionen um 360 millionen auf 578 millionen schilling erhoehrt. der anteil wiens wird mit 27 prozent gewahrt.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

abgabenordnung

anschliessend legte str. hans m a y r eine novellierung der wiener abgabenordnung vor. der entwurf traegt der technischen und wirtschaftlichen entwicklung rechnung und gestattet die verwendung von edv-einrichtungen. daneben erfolgt eine erhoehung der stundungszinsen im falle von zahlungserleichterungen. weiter ist vorgesehen, dass saeuerniszuschlaege und mahngebuehren durch formlose zahlungsaufforderung festgesetzt werden koennen.

labg. dkfm. dr. w o e b e r (oevp) erklaerte, dass die "formlose zahlungsaufforderung" bedenklich sei, der steuerpflichtige muesste das recht auf einen berufungsfahigen bescheid haben. er brachte den a n t r a g ein, die diesbezieuglichen paragraphen

zu streichen. in einem zweiten a n t r a g verlangte er, den freibetrag von 1.000 s, ab dem stundungszinsen berechnet werden, auf 10.000 s hinaufzusetzen.

in seinem " s c h l u s s w o r t " sagte str. mayr, dass die bedenken nicht berechtigt seien. man sollte doch die vorteile des edv-einsatzes moeglichst gut nuetzen. im uebrigen wird jeder, der auf die "formlose zahlungsforderung" nicht reagiert, einen bescheid erhalten. es sei nicht vertretbar, sozusagen zinsenlose kredite bis zu 10.000 s zu gewaehren. der berichterstatter empfahl die ablehnung der antraege.

bei der abstimmung erhielten die oevp-antraege nur die zustimmung von fpoe und oevp und damit nicht die erforderliche mehrheit.

die g e s e t z e s v o r l a g e wurde mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n . (smo) (forts.)

1040

Landtag (2):

novelle zur dienstordnung

=++++

4 wien, 27,6. (rk) stadtrat h e l l e r (spoe) legte den entwurf zur 4. novelle zur dienstordnung 1966 vor. der erholungsurlaub fuer bedienstete mit mindestens fuenfjaehriger dienstzeit wird damit um zwei tage erhoehrt. das neue urlaubshoechstausmass betraegt 34 tage. die anrechnung von studienzeiten wird neu geregelt.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

novelle zur besoldungsordnung

den entwurf der 15. novelle zur besoldungsordnung 1967 referierte ebenfalls stadtrat h e l l e r (spoe). die novelle sieht eine aenderung der gehaltsstruktur im schema 1 vor.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

wiener sportstaettenschutzgesetz

anschliessend referierte stadtrat h e l l e r ueber den ent-

wurf des wiener sportstaettenschutzgesetzes. obwohl es in den letzten jahren gelungen ist, die weitere auflassung von sportstaetten in wien zu verhindern, hat doch die vergangenheit gezeigt, dass der schutz von sportstaetten, vor allem im dicht verbauten gebiet, eine dringende notwendigkeit ist. die rechtzeitige beistellung einer ersatzanlage oder die schaffung einer neuen sportanlage ist naemlich nicht nur ein finanzielles problem, sondern haengt in ersten linie vom vorhanden-sein und der beschaffung geeigneter flaechen ab. der bestand von sportanlagen in wien soll in zukunft gesetzlich geschuetzt werden. sie sollen nicht oder nur bei vorliegen eines qualifizierten, hoeherwertigen oeffentlichen interesses aufgelassen werden duerfen, wobei in jedem fall eine ersatzanlage zu schaffen ist. wie notwendig ein solcher gesetzlicher ychutz ist, geht daraus hervor, dass in der vergangenheit auch in wien einige sportanlagen anderen interessen weichen mussten. dieser entwicklung konnte in den letzten jahren insofern einhalt geboten werden, als keiner auflassung einer sportanlage mehr zugestimmt wurde, wenn nicht zug um zug die rechtzeitige bereitstellung einer geeigneten ersatzanlage im oertlichen einzugsbereich der bisherigen sportstaette erfolgt ist. als beispiele fuehrte heller den lac-platz, den elektra-platz und den redstar-platz an. leider waren solche loesungen nicht in allen faellen moeglich, vor allem dann nicht, wenn die betroffenen flaechen nicht im eigentum der stadt waren. als beispiele nannte heller den wacker-platz in meidling und den weisse-elf-platz in penzing. das bisherige instrumentarium reichte nicht aus, um einen wirksamen schutz zu gewaehrleisten.

ein solches wirksamey instrument zum schutz der wiener sportstaetten wird nunmehr mit dem vorliegenden gesetz geschaffen. es stellt einen optimalen kompromiss zwischen den naturgemaess weit gesteckten forderungen des sports und den verfassungsmaessigen und sonstigen realen moeglichkeiten dar. kernstueck des gesetzes ist die bestimmung, dass die vollstaendige oder teilweise auflassung einer sportstaette oder die verwendung fuer andere zwecke einer bewilligung des magistrats bedarf. diese bewilligung ist zu erteilen, wenn kein bedarf nach der sportstaette besteht, wobei die beweislast beim bewilligungswerber liegt. die bewilligung ist auch zu erteilen, wenn die schaffung einer gleichwertigen sportstaette nachgewiesen wird. die auflassung einer yportstaette ohne vorherige beistellung

einer ersatzanlage wird in hinkunft nur dann moeglich sein, wenn die in aussicht genommene verwendung der liegenschaft im wesentlich hoeheren oeffentlichen interesse gelegen ist und die schaffung einer gleichwertigen ersatzanlage nicht moeglich ist. aber auch in diesem fall ist eine ersatzsportanlage beizustellen, die allerdings auch ausserhalb des raeumlichen einzugsbereiches der aufzulassenden anlage liegen kann. dieses gesetz ist im wesentlichen eine selbstbindung der stadt wien, da sich mehr als 70 prozent der wiener sportanlagen auf liegenschaften der stadt wien befinden. (ger) (forts.)

1239

Landtag (3):

sportstaettenschutzgesetz (forts)

5 wien, 27.6. (rk) der gesetzentwurf zum sportstaettenschutzgesetz sei inhaltlich gut, fuer viele wiener sportanlagen komme er jedoch zu spaet, bedauerte labg. dr. h i r n s c h a l l (fpoe). beispielsweise fuer den wacker-platz in meidling der in bauklasse 3 umgewidmet und fuer die verbauung einer wohnhausanlage gegen den einspruch der anrainer freigegeben wurde. dabei waere diese verbauung durch die anwendung des sportstaettenschutzgesetzes zu verhindern gewesen. das gesetz sieht einen ersatz einer gleichwertigen sportstaette vor, beziehungsweise eine interessensabwaegung die wiederum von einem gutachten des landessportbeirates abhaengig ist. der bedarf fuer den wacker-platz in meidling ist voll gegeben, denn sportflaechen im dichtbebauten stadtgebiet werden heute kaum mehr geringer als wohnhausanlagen bewertet.

das sportstaettenschutzgesetz sei eine nachtraegliche gewissensberuhigung fuer den verlust von sportplaetzen im wiener stadtgebiet, stellte labg. a r t h o l d (oevp) fest. das bewusstsein, wie wichtig sportplaetze im stadtgebiet sind, sollte nicht nur bei der bevoelkerung, sondern vor allem auch bei den stadtplanern erweckt werden. wenn das instrument der flaechenwidmung fuer den wacker-platz bereits vor jahren wirksam geworden waere, so waere der platz heute als sportplatz gewidmet und koennte nicht abgesiedelt und verbaut werden. durch das sportstaettenschutzgesetz wird aehnlich wie beim

baumschutzgesetz der status quo erhalten, waehrend durch die flaechenwidmung die stadtentwicklung beeinflusst werden kann. das gesetz birgt die gefahr, dass viele betriebe, die bauland als reserven fuer sportstaetten angelegt haben, dies in zukunft nicht mehr tun werden. haette man sich zur absicherung von sportplaetzen fuer den weg der flaechenwidmung entschlossen, so haette man ein sportstaettenkonzept erarbeiten muessen. dies liege aber bis heute noch nicht vor. die sportplaetze werden durch das sportstaettenschutzgesetz zwar vor absiedlung geschuetzt, nicht aber vor verwahrlosung. auch sei es bedauerlich, dass die schulsportanlagen vom gesetz ausgeschlossen seien, da mit schliessung einer schule gleichzeitig auch der sportplatz verloren geht. die oevp werde dem gesetzentwurf zustimmen, zwischen flaechenwidmung und dem sportstaettenschutzgesetz muesse jedoch ein konnex gefunden werden. (ba) (forts)

1128

Landtag (4):

sportstaettenschutzgesetz (schluss)

6 wien, 27.6. (rk) das sportstaettenschutzgesetz muss im zusammenhang mit den vielen hilfstellungen fuer den wiener sport gesehen werden, erklaerte labg. dr. m u e l l e r (spoe). die verabschiedung des landessportgesetzes, die schaffung eines eigenen sportamtes und zahllose bauten wie das hallenstadion oder das stadt-hallenbad haben viel zur entfaltung des wiener sportes beigetragen. das neue gesetz ist ein erster schritt, bestehende sportplaetze, die als solche gewidmet sind, voll und ganz zu schuetzen.

es stimmt nicht, dass in den letzten jahren keine sportplaetze die entsprechende widmung erhalten haben, erklaerte stadtrat h e l l e r (spoe) in seinem schlusswort. seit 1975 erhielten 17 sportplaetze die widmung.

in der frage des sportplatzes schoenbrunn wird der liegenschaftseigentuemer eine ersatzsportanlage rechtzeitig und im oertlichen einzugsbereich schaffen muessen.

a b s t i m m u n g : das sportstaettenschutzgesetz wurde einstimmig angenommen. (sei) (forts)

1131

k o m m u n a l :

=====

Landtag (5):

wiener gasgesetz

8 wien, 27.6. (rk) str. s c h i e d e r (spoe) legte einen entwurf zur novellierung des wiener gasgesetzes vor. die novellierung ist erforderlich, weil auf grund von bundesregelungen das oevgw-pruefzeichen in der bisherigen form nicht mehr verwendet werden darf. das pruefzeichen wurde entsprechend geaendert.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

geschaeftsordnung fuer den landtag

str. s c h i e d e r (spoe) legte eine neue geschaeftsordnung fuer den landtag vor, die im zuge der mit 1. september in kraft tretenden verfassungs-novelle notwendig wurde, insbesondere die schriftlichen und dringlichen anfragen, die einfuehrung der fragestunde und die einbringung von gesetzesvorlagen betreffend. schieder erklaerte, dass eine blosse aenderung der bisherigen geschaeftsordnung zu unuebersichtlichkeiten gefuehrt haette, die neuerlassung der gesamten geschaeftsordnung ist deshalb zweckmaessig. die geschaeftsordnung, die im wesen nach das innere funktionieren eines organs regelt, wirkt darueber hinaus auf die oeffentlichkeit. wann und in welcher weise ein mandatar einen antrag einbringen kann, ist entscheidend fuer den antrag selbst - und liegt damit im interesse der buerger.

die stadtverfassung hat auch auf landesebene den ausbau der parlamentarischen einrichtungen gebracht. diesem geist der verfassung muss in der geschaeftsordnung rechnung getragen werden. in vielen faellen hat man sich dabei an die geschaeftsordnung des nationalrates angelehnt. die geschaeftsordnung ist ein instrument fuer die arbeit. dass das instrument "gut klingt" und "virtuos" gehandhabt werden kann, war es notwendig, fuer eine gute qualitaet des instruments vorzusorgen. schieder kuendigte an, dass die absicht besteht, wie es im parlament geplant ist, der volksanwaltschaft die

berichterstattung im landtag zu ermoeglichen. eine novellierung der geschaeftsordnung muesste dann ins auge gefasst werden.

die neue geschaeftsordnung, die im zustaendigen ausschuss gruendlichst beraten wurde, ist eine notwendigkeit fuer die arbeit, entspricht den beduerfnissen der abgeordneten und stellt eine angleichung an die stadtverfassung dar, schloss schieder.

labg. dkfm. b a u e r (fpoe) erklarte, dass die fpoe der verfassungsreform trotz einiger schoenheitsfehler zugestimmt habe, weil sie darauf vertraute, dass die mehrheit im zuge der neuen geschaeftsordnung fuer vermehrte "waffengleichheit" sorgen werde. dieses vertrauen erwies sich als nur gering gerechtfertigt. die beratung im ausschuss war lieblos, auf kein argument und auf keinen vorschlag der fpoe wurde eingegangen. spoe und oevp duerften schon vorher alles untereinander ausgehandelt gehabt haben. der vorschlag fuer eine praesidialkonferenz wurde nicht einmal diskutiert, es blieb bei der festlegung von weitreichenden entscheidungsrechten fuer den landtagspraesidenten. die bestimmung, dass mitglieder der landesregierung an allen debatten teilnehmen duerfen, auch wenn sie nicht dem landtag angehoren, duerfte zwischen oevp und spoe als "stille aufstockung" des landtages ausgehandelt worden sein. diese regelung ermoeglicht es den repraesentanten der verwaltung, am prozess der willensbildung verstaerkt einfluss zu nehmen. damit wird das zu einer grundsaeztlichen frage der repraesentativen demokratie. auch im parlament hat sich die praxis eingebuergert, dass minister nur zu ihrem ressort das wort ergreifen. in wien geht man den umgekehrten weg. alles in allem entspricht die neue geschaeftsordnung nicht den errungenschaften einer modernen, lebendigen demokratie, es ueberwiegen hingegen die halbherzigen loesungen. deshalb werde die fpoe nicht zustimmen. (smo) (forts)

1215

Landtag (6):

geschaeftsordnung (schluss)

11 wien, 27.6. (rk) nach dem einsturz der reichsbruecke wurde eine neue geschaeftseinteilung beschlossen, erklartz stadtrat dr. g o l l e r (oevp). der buergermeister hatte eine verfassungs-

./.

reform angekündigt, nun sei man unter zeitdruck geraten. die oevp sei stets der meinung gewesen, dass die bisherige geschäftsordnung veraltet ist. sie sei immer fuer eine gruendliche beratung der neuen geschäftsordnung eingetreten. leider sei das verlangen, verfassungsreform und neue geschäftsordnung als paket zu behandeln, von der spoee nicht unterstuetzt worden.

dr. goller bezeichnete die vorgangsweise in niederoesterreich, wo die verfassungsreform nach langen beratungen demnaechst gemeinsam mit der geschäftsordnung beschlossen werde, als vorbildlich. in wien haetten dagegen die oppositionsparteien den entwurf zur geschäftsordnung erst im letzten moment erhalten. der verhandlungsspielraum habe nur eine woche betragen. viele wuensche der oevp konnten in den verhandlungen nicht erfuehlt werden, einige verbesserungen seien jedoch durchgesetzt worden. die oevp werde der geschäftsordnung zustimmen, weil der landtag die neue geschäftsordnung beschliessen muesse, damit die verfassungsnovelle exekutierbar wird. er melde aber schon heute an, dass man sich in der naechsten legislaturperiode gruendlich mit der geschäftsordnung befassen werden muesse, erklaerte dr. goller abschliessend.

labg. friederike seidl (spoee) unterstrich das verantwortungsbewusstsein der mehrheitspartei, die bei den verfassungsverhandlungen den konsens mit allen fraktionen gesucht habe. die aenderung der geschäftsordnung stelle einen wesentlichen teil der praktischen anwendbarkeit der verfassungsreform dar. fragestunde und initiativantrag werden zur belebung der landtagssitzungen beitragen. die arbeit des landtages werde dadurch aufgewertet. fuer die opposition werden dadurch zusaetzliche moeglichkeiten der selbstdarstellung beginnen. die fragestunde sei ein zusaetzliches mittel, um sich besser zu informieren. bisher hatte nur die landesregierung die moeglichkeit, einen gesetzantrag einzubringen. durch den initiativantrag besteht diese moeglichkeit nunmehr auch fuer abgeordnete. damit eroeffne sich ein weites feld von moeglichkeiten, initiativen zu setzen. die neue geschäftsordnung wird am 1. september in kraft treten.

seidl brachte einen drei-parteien-abaenderungsantrag ein, der formale aenderungen beinhaltet. (ger)

die neue geschaeftsordnung fuer den landtag ermoeeglicht, dass das, was durch die verfassungsnovelle gesetzlich bestimmt ist, auch durchgefuehrt und praktiziert werden kann, sagte str. s c h i e d e r. fuer die wiener bevoelkerung ergibt sich dadurch noch mehr moeglichkeit zu sehen, was in ihrem interesse in dieser stadt alles geschieht. schieder dankte seiner vorrednerin, die inhaltlich auf die geschaeftsordnung eingegangen sei und illustrativ gezeigt habe, wie fragestunden und initiativantrag genuetzt werden koennen.

die vorlage sei rechtzeitig naemlich eine woche vor der debatte im zustaendigen ausschuss fuer inneres und buergerservice an die oppositionsparteien ausgesendet worden. von einer "vorlage in letzter sekunde" koenne wirklich nicht die rede sein. auch sei es ungerechtfertigt, wenn man von einer "lieblosen beratung" im ausschuss spreche. in der sitzung habe jeder an der diskussion zur neuen geschaeftsordnung teilnehmen koennen. wenn jedoch labg bauer gehofft habe, dass die geschaeftsordnung einen schritt weiter als die verfassung gehe, so musste er naturgemaess enttaeuscht werden, denn eine geschaeftsordnung koenne nie ueber den rahmen der verfassung hinausgehen.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag wurde einstimmig, die vorlage ueber die neue geschaeftsordnung mit den stimmen der spoe und oevp angenommen. (forts)

1301

Landtag (7):

behindertenhilfe

=++++

12 wien, 27.6. (rk) eine vereinbarung ueber angelegenheiten der behindertenhilfe (berichterstatter: stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r spoe) wurde einstimmig angenommen.

auslieferung

dem ersuchen des landesgerichtes fuer strafsachen wien, der strafrechtlichen verfolgung des labg. rudolf e d l i n g e r wegen verdachtes des vergehens der ueblen nachrede in einem druckwerk zuzustimmen, wurde einstimmig nicht nachgekommen (berichterstatter

./.

labg. g a w l i k spoe).

Landtagspraesidentin maria h l a w k a (spoe) erklarte in ihrem schlusswort, dass der Landtag in dieser legislaturperiode 45 sitzungen abgehalten und 75 gesetzesvorlagen verabschiedet hat. darunter waren so wesentliche vorlagen wie das baumschutzgesetz, das schulgesetz sowie die novellierung der bauordnung und der stadtverfassung. (sei) (schluss)

1305

27. juni 1978

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1569

k o m m u n a l :

=====

ab donnerstag:

informationsstelle im assanierungsgebiet ottakring

7 wien, 27.6. (rk) ab kommenden donnerstag steht der bevoelkerung im assanierungsgebiet ottakring eine informationsstelle zur verfuegung. sie wurde von der gebietsbetreuung fuer dieses spezielle assanierungsgebiet, der urbanbau-gemeinnuetzige bau-, wohnungs- und stadterneuerungs- ges.mbh. eingerichtet und befindet sich in der friedrich kaiser-gasse 69.

in dieser informationsstelle werden experten der bevoelkerung mit rat und tat bei der mitwirkung der assanierung zur seite stehen. man erhaelt auskunft ueber die serviceleistungen der stadt wien, wie etwa wohnungsverbesserungen und hausinstandsetzungen. die experten werden bei der technischen begutachtung helfen, ob die eine oder andere verbesserung zweckmaessig beziehungsweise wirtschaftlich ist, sie werden bei der beschaffung von kostenvoranschlaegen und auch bei planausarbeitungen behilflich sein.

die informationsstelle, die im rahmen eines forschungsauftrages ueber probleme der stadterneuerung taetig ist, der aus mitteln der wohnbauforschung finanziert wird, soll eine art katalysator zwischen bevoelkerung und stadtverwaltung sein. der informationsfluss in beiden richtungen soll gefoerdert werden. anregungen und wuensche der bevoelkerung sollen der stadtverwaltung uebermittelt, absichten der stadtverwaltung den bewohnern vertraut gemacht werden.

die informationsstelle ist montag und donnerstag von 15 bis 19 uhr sowie dienstag von 9 bis 13 uhr geoeffnet. sie ist ueber die telefonnummer 46 25 75 erreichbar. (smo)

1134

L o k a l :

=====

20.000 wiener besuchten fussball-wm-ausstellung

10 wien, 27.6. (rk) zu einem grossen erfolg wurde die auf initiative von sportstadtrat kurt h e l l e r vom presse- und informationsdienst der stadt wien in der volkshalle des rathauses gestaltete ausstellung "fussball-wm 78": 20.000 wienerinnen und wiener waren in der volkshalle zu gast. es gab viele interessante fotos und filme zu sehen, die die geschichte des heimischen fussballsports von 1894 bis zum legendaeren wunderteam von 1934 und weiter bis heute praesentierten.

ein bild hatte es den besuchern waehrend der wm in argentinien in der ausstellung immer mehr angetan: das foto unseres vierfachen torschuetzen hans krankl, das zaertlich gestreichelt wurde, so dass es zuletzt schon ganz abgegriffen war. auch die diskussion mit prominenten fussballern, alt-internationalen aber auch aktiven, ueber die wm-spiele fanden grosses interesse.

am beliebtesten waren selbstverstaendlich die tv-uebertragungen der wm-spiele aus argentinien, die in der volkshalle auf eine riesige leinwand projiziert wurden. hunderte begeisterte besucher waren pro spiel anwesend, und die stimmung erreichte ungeahnte hoehepunkte. er zu spaet kam, fuer den gab es kein plaetzchen mehr, der musste draussen bleiben. so erging es mit vielen anderen wienern auch dem hausherrn, sportstadtrat kurt heller, der mit einer auslaendischen delegation beim spiel argentinien - frankreich keinen einlass mehr fand. auch die wiedergabe der aufzeichnungen der wm-spiele am naechsten tag waren ueberaus gut besucht.

beim ersten match oesterreichs (gegen spanien) legte eine junge dame das versprechen ab, dass sie im fall eines sieges unseres teams im arkadenhof des rathauses einen kopfstand machen werde. sie tat's dann auch unter viel beifall, ungeachtet der tatsache, dass sie ein roeckchen anhatte. (am)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (1) :

staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz

13 wien, 27.6. (rk) der wiener gemeinderat setzte unter dem vor-
sitz von buergermeister leopold g r a t z die beratungen zum
rechnungsabschluss 1977 mit der geschaeftsgruppe "staedtische
dienstleistungen und konsumentenschutz" (amtsf. str. heinz
n i t t e l) fort.

die behauptung des finanzstadtrates, die wassergebuehren sind
nur annaehernd kostendeckend, ist falsch, erklarte gr. k r e n n
(fpoe). bereits 1976 wurde bei den gebuehren ein ueberschuss von
mehr als 30 millionen erzieht, der sich 1977 um weitere 25 millionen
auf 55 millionen erhoehrte.

der wasserverbrauch geht seit 1975 zurueck. vor allem das
gewerbe nimmt weniger wasser in anspruch. durch die beabsichtigte
erhoehung der kanalgebuehren wird sich eine weitere verflachung der
verbrauchskurve ergeben. krenn kritisierte die geplante hoehe der
kanalgebuehren, die fuer viele betriebe enorme verteuerungen bringen
wird.

weiter forderte krenn, dass die muellabfuhr fuer alle
wiener haushalte einmal im jahr eine kostenlose sperrmuellbeseitigung
durchfuehren sollte. (sei)

gr. dr. g l a t z l (oevp) stellte fest, dass sich der
konsumentenschutz auf dem sektor der marktdienststellen konsolidiert
hat. besonderes lob verdient die fertigstellung der neuen lebens-
mitteluntersuchungsanstalt der stadt wien. damit wird der ungesunde
zustand beendet, dass eine medienwirksame einzelperson als gutachter
und richter gleichzeitig auftritt. bedauerlich ist es hingegen, dass
marktversorgungsgesetze immer nur fuer kurze zeit und fast immer im
letzten augenblick verlaengert werden, weil sie von der spoe seit
1950 von anderen dingen abhaengig gemacht werden. die geschaefts-
gruppe sollte sich mit diesem problem beschaeftigen. auf dem fried-
hofssektor sollte der konsument vor unzuakoemlichkeiten und hoeheren

tarifen geschuetzt werden: mit der einfuehrung von anlagewerten und deren verzinsung wurde der abgang der friedhofsverwaltung kuenstlich auf 34 millionen gehoben, so dass sich gewissermassen eine tarif-erhoehung anbietet. die budgetmittel fuer bauliche herstellungen wurden jedoch peinlich genau eingehalten, obwohl so manche friedhofsmauer so desolat ist, dass eine ueberschreitung gerechtfertigt gewesen waere. der buerger will eine saubere stadt. die politischen parteien beschraenken ihre plakatwerbung auf eigene plakatstaender, radikale oder anonyme gruppen plakatieren jedoch wild. man sollte ihnen kommunale holzplanken zur verfuegung stellen, wo sie sich austoben koennen.

die magistratsabteilung 48 hat im letzten jahr betraechtlich expandiert: die ausgaben wurden um 52 millionen ueberschritten, die muellabfuhr-abgaben sind um 27,2 millionen gestiegen. bei der hoehe der muellabfuhrgebuehren muesste eine jaehrliche entruempelungsaktion moeglich sein. die muell-enquete hat wertvolle ergebnisse gebracht, vor allem die erkenntnis, dass aus dem muell wertvolle rohstoffe wiederzugewinnen sind. abschliessend sagte dr. glatzl, dass bei 51.000 lebensmittel-revisionen durch das marktamt nur 5.900 beanstandungen beziehungsweise 4.000 anzeigen erfolgten. bei einem umschlag von 120 millionen kilo lebensmittel mussten nur 171.000 kilo aus dem verkehr gezogen werden. das ist ein kleiner prozentsatz, ein beweis fuer die zuverlaessigkeit der mehrheit der betriebe. (smo)

(forts)

1322

gemeinderat (2):

staedtische dienstleistungen (forts)

14 wien, 27.6. (rk) die aufgabe der geschaeftsgruppe "staedti-sche dienstleistungen und konsumentenschutz" sei es, die voraussetzungen fuer eine optimale ver- und entsorgung der stadt zu schaffen, erklaerte gr. s c h u l t z (spoe). diese aufgabe sei nicht spektakulaer. fuer schlagzeilen sei nur dann gesorgt, wenn einmal etwas nicht funktioniert.

die wasserwerke konnten im vergangenen jahr einen durchschnitt-

Lichen tagesbedarf von 450.000 kubikmeter ohne engpaesse decken. 1977 wurden 18 kilometer neue rohr verlegt, 30 kilometer rohre gewechselt und 16 kilometer anschluesse und abzweigungen hergestellt. auch bisher nicht erschlossene gebiete am stadtrand konnten an das wasserver-sorgungsnetz angeschlossen werden.

eine der hauptaufgaben der kanalisation sei bei klagloser be-waeltigung der laufenden aufgaben die fortsetzung der arbeiten am wiener abwasserbeseitigungsprojekt gewesen. dies sei ein projekt in einer groessenordnung, wie es eine stadt nur einmal in einem jahr-hundert errichte. insgesamt belaufen sich die kosten auf drei mil-liarden schilling. die oevp habe von einem zu teuren projekt ge-sprochen. dies bedeute, dass sie also teile dieses projektes nicht will, dass sie also entweder gegen erforderungen des umweltschutzes oder gegen die moeglichkeit sei, bisher nicht aufgeschlossene ge-biete an das kanalnetz anzuschliessen.

die muellabfuhr habe ihre leistungen erhoehrt. der muellberg werde immer groesser. 1958 habe der wiener muell ein gewicht von 229.000 tonnen, 1968 von 324.000 tonnen und 1978 schon von rund 500.000 tonnen gehabt. dies bedeute eine verdoppelung innerhalb von 20 jahren. das volumen des anfallenden muells habe sich im gleichen zeitraum sogar versiebenfacht. die beseitigung des muells werden auch anlass sein, neues zu erproben. die bisher durchgefuehrten ver-suche der glastrennung brachten gute ergebnisse. dieser versuch, bei dem aus dem muell ein wertvoller rohstoff gewonnen wird, soll noch heuer auf die ganze stadt ausgedehnt werden. ein versuch zur trennung von altpapier soll noch heuer gestartet werden. sorgen bereite die beseitigung von autowracks. fast 7.000 autowracks werden jaehrlich stehengelassen. legistische massnahmen, um den besitzer eines autos bei dessen abmeldung zu einem nachweis, was mit dem auto geschehen sei, zu verpflichten, waeren ueberlegenswert. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (3):

staedtische dienstleistungen (forts)

15 wien, 27.6. (rk) gr. dr. dr. s t r u n z (oevp) fuehrte aus, dass die meisten massnahmen zur verbesserung des umweltschutzes auf die initiative der oevp zurueckzufuehren seien. beispielsweise die sperre des dominikanerhofes, der einbau von filtern in den muellverbrennungsanlagen sowie der regelmaessige austausch des spiel-sandes in den kindersandkisten.

die wiener wasserversorgung sei nicht gesichert, da sie zu 73 prozent auf die erste und zweite wiener hochquellenleitung aufgebaut sei. 16 prozent kaemen aus den grundwasserversorgungsanlagen nussdorf und lobau, die zeitweise wegen verunreinigung gesperrt werden muessen. bei einem zusammentreffen von unguenstigen verhaelt-nissen sei in wien mit wassernot zu rechnen. die wasserguete der fliessenden gewaesser wiens sei schlecht. die oevp fordere einen wassergueteatlas, eine wirkungsvolle kontrolle ueber die fliessge-waesser und fuer die grossklaeranlage simmering eine dritte reinigungsstufe. eine neue muellverbrennungsanlage zu bauen sei nicht zielefuehrend, statt dessen sollte eine sondermuelldeponie angelegt werden, wo die asche gefahrlos deponiert werden koenne. recyclingmassnahmen sollten verstaerkt zur anwendung kommen, vor allem um das papier von wertvollen kunststoffen, wie von polyester zu trennen.

die errichtung von baedern fordere die oevp fuer den 3. bezirk auf dem areal der rennwegkaserne, fuer den 4. bezirk auf dem phorus-platz und fuer den 8. bezirk im schoenbornpark. (ba) (forts)

1350

gemeinderat (4):

staedtische dienstleistungen (forts)

17 wien, 27.6. (rk) die kommunalen betriebe haben ihre aufgabe im dienste der stadt und ihrer buerger erfuehlt, erklarte gr. w i e s i n g e r (spoe). die spoe denkt daher nicht daran, einer

privatisierung das wort zu reden. die gemeinwirtschaft wendet sich nicht gegen die prinzipien der marktwirtschaft, sie wendet sich nur gegen die auswechse der marktwirtschaft.

die gemeinwirtschaftlichen betriebe arbeiten in wien effizient. so musste die muellabfuhr in den letzten jahren mehr als 25 prozent mehrleistung erbringen. trotzdem blieb der personalstand beinahe gleich. auch der vorwurf, es werden exorbitante preise verlangt, stimmt nicht. die wasserwerke gaben seit 1974 16,4 milliarden aus und nahmen 10,1 milliarden ein. das entspricht einer deckung von 62 prozent. (sei)

gr. dr. w o e b e r (oevp) wies den vorwurf zurueck, dass es der oevp um die privatisierung der gewinne und die sozialisierung der verluste gehe. die frage sei vielmehr, dass private manches besser und billiger machen als gemeindebetriebe. dafuer gaebe es beispiele. die ursache fuer die forderung nach privatisierung sei nach meinung des kontrollamtsleiters von linz das unbehagen in der oeffentlichkeit ueber die verschuldung der gemeinden, ueber die schwerfaelligkeit der buerokratie und der verschwendung. im kommunalpolitischen konzept der oevp wird dargelegt, dass gemeinden keine betriebe fuehren sollen, die private billiger und besser fuehren koennen. und im erst kuerzlich vorgelegten wiener wirtschaftskonzept wird erklaert, dass die stadtverwaltung nicht alles machen will, kann und soll. bereiche, die ohnedies von der privatwirtschaft gut geloest werden, wird man unterstuetzen, privatinitiative wird man foerdern. die spoe sollte endlich intern die diskrepanz in ihrer haltung zur privatwirtschaft klaeren. (smo) (forts.)

1423

gemeinderat (5):

staedtische dienstleistungen (schluss)

18 wien, 27.6. (rk) ueber die privatisierung muesste konkret gesprochen werden, erklaerte stadtrat n i t t e l (spoe). die oevp moege konkret sagen, welche staedtischen dienstleistungen privatisiert werden sollten, ob baeder, wasserwerke, kanalisation, muellabfuhr oder friedhofsverwaltung.

In der vergangenen woche wurde ein bedeutendes renovierungswerk der bevoelkerung uebergeben: das aus joergerbad und kinderfreibad bestehende hernalser badezentrum. das joergerbad war 1914 als erstes staedtisches hallenbad unter einem christlichsozialen buergermeister errichtet worden, das kinderfreibad stammt aus der epoche des "roten wien". die oevp habe kein verhaeltnis zu ihrer eigenen vergangenheit, wenn sie heute von der privatisierung der baederverwaltung spricht.

nittel betonte, dass als ergebnis sachlicher zusammenarbeit im ausschuss eine reihe schwieriger probleme geloest werden konnte.

als leitlinie fuer die fuehrung der abteilungen seiner geschaeftsgruppe diene die formel "unbuerokratisch - sauber - schnell", erklaeerte nittel. als beispiel fuer die unbuerokratische erledigung von aufgaben koenne die bewaeltigung der mit der autoabschleppung verbundenen probleme angefuehrt werden. sauberkeit ist ein ueber die geschaeftsgruppe hinausgehendes allgemeines prinzip. als beispiel aus der von ihm gefuehrten geschaeftsgruppe fuehrte nittel die aktion "fruehjahrsputz" an. schnell werde zum beispiel sowohl bei der verwirklichung des wabas 80-projektes, das 1980 fertig sein wird, als auch beim termingerechten bau der drei bezirkshallenbaeder gearbeitet.

in wien gebe es den besten konsumentenschutz in ganz oesterreich. ein umfangreicher und gutgeschulter apparat steht dafuer zur verfuegung. als beispiel fuehrte nittel an, dass 1977 in den insgesamt 5.244 gastgewerblichen betrieben 9.104 revisionen durchgefuehrt wurden, dass also innerhalb eines jahres jeder gastgewerbliche betrieb durchschnittlich zweimal kontrolliert worden ist.

jede massnahme, die dazu dient, weitere wassermengen nach wien zu bringen, sei von bedeutung. die mehreinnahmen aus der gebuehren-erhoehung beim wasser wurden fuer die beschleunigung der investitionstaetigkeit verwendet. so wurden etwa fuer die 3. wasserleitung statt 81 millionen 128 millionen ausgegeben. die 3. wasserleitung wird rasch vollendet, mit der fertigstellung ist 1980 zu rechnen, mit einem teilbetrieb - so hoffe er - schon frueher.

der brunnen nussdorf wurde 1940 als reserveanlage errichtet. vom heutigen standpunkt aus ist er falsch situiert. das wasser wird jedoch benoetigt. allerdings ist bereits entschieden, dass die konzen-

tration der wasseraufbereitung auf das neue inselwerk nord verlagert werden wird.

nittel warnte davor, bei der entwicklung des wasserverbrauchs kurzfristig zu denken. so sei der verbrauch in den letzten jahren durch kuehle sommer geringer gewesen. man koenne nicht spekulieren, dass dies so bleibe. deshalb sei die wasseraufbereitung im inselwerk nord nach der fertigstellung der 3. wasserleitung vorrangig zu betreiben.

die ausdehnung der sperrmuellaktion auf das ganze jahr gegen entrichtung einer nicht bedeutenden gebuehr erwies sich als effizienter.

vor wenigen wochen wurde eine muellenquete durchgefuehrt. zur loesung des problems bieten sich einige moeglichkeiten an. arbeitsgruppen werden in kurzer zeit jene methoden finden, mit denen dieses problem fuer die naechsten jahrzehnte geloest werden kann. (ger)
(forts)

1512

gemeinderat (6):

gesundheit und soziales

19 wien, 27.6. (rk) als naechstes kapitel wurde die geschaeftsgruppe gesundheit und soziales (amtsfuehrender stadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r) behandelt.

gemeinderat k r e n n (fpoe) zog eine negative bilanz zur aera stacher. der zielplan zur krankenversorgung, wie er 1974 erstellt wurde, sei nicht erfuehrt worden. damals hiess es, dass die strukturellen maengel in der krankenversorgung und das manko von 8.000 betten behoben werden sollten. 1978 stehe man vor einer unveraenderten situation. der bau der krankenanstalt des sozialmedizinischen zentrums ost scheine im finanz- und investitionsplan bis 1981 nicht auf, ebenso wenig das heim fuer betagte menschen wien-sued. noch immer gebe es 20.000 vormerkungen fuer pensionistenheime, und die wartezeit betrage etliche jahre. auch die situation der praktischen aerzte habe sich nicht verbessert. ein fpoe-antrag fuer eine altersversorgung der praktischen aerzte sei abgewiesen worden. die aerztliche versorgung in wien sei nicht gesichert.

in den wiener spitaelern werde das strahlenschutzgesetz nicht angewendet und die laufende ueberpruefung der anlagen nicht durchgefuehrt, wodurch es zu einer gefaehrdung von patienten und besuchern komme.

sieben punkte zur verbesserung der gesundheitspolitik stellte gr. dr. marilies f l e m m i n g (oevp) auf:

- o verbesserung der gesundheitsaufklaerung
- o verbesserung der aertzlichen versorgung, vor allem durch den hausarzt
- o eine bedarfsgerechte aerzteausbildung
- o eine leistungsgerechte aerztehonorierung
- o mehr beratungszeit und weniger wartezeit durch ein neues anmeldungssystem
- o ausbau neuer formen aertzlicher zusammenarbeit und pflegestationen in den bezirken
- o errichtung von sozialstationen als menschnahe altenhilfe.

mit diesen forderungen solle das ziel der oevp, die qualitaet der medizinischen versorgung zu verbessern und die individuellen beduerfnisse der patienten zu beruecksichtigen, erreicht werden. der staat sei kein garant fuer die gesundheit des einzelnen, sondern jeder einzelne mensch trage selbst die verantwortung fuer seine gesundheit.

die spitaeler seien in den letzten jahren nicht menschlicher, sondern im gegenteil noch fuerchterregender geworden. hochspezialisierte geraete erwecken die angst der patienten, die fast nie ueber den zweck der untersuchung aufgeklaert wuerden. die wenigsten patienten wuerden gefragt, ob sie mit der behandlung einverstanden sind. die oevp trete daher fuer das recht des patienten auf information ein.

gesundheitsstadtrat stacher habe es unterlassen, sich mit umweltbedingten erkrankungen zu befassen. noch immer herrschen schlechte arbeitsbedingungen in manchen grossbetrieben. dafuer sei stacher zu einem zeitpunkt fuer die fristenloesung eingetreten, in der die indikationsloesung keine frage mehr war und in der verhuetungsmittel allen kreisen der bevoelkerung zur verfuegung stehen. hier habe stadtrat stacher nicht als arzt, sondern als sozialist gehandelt. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (7):

gesundheit und soziales (forts)

20 wien, 27.6. (rk) in den letzten fuenf jahren ging die saeuglingssterblichkeit erheblich zurueck und die durchschnittliche lebenserwartung wurde hoeher, erklarte gr. franziska f a s t (spoe). damit wird deutlich, dass gewordenes leben fuer sozialisten absoluten vorrang hat. waehrend 1970 die saeuglingssterblichkeit noch 26,1 promille betrug, waren es 1977 16,9 promille. die durchschnittliche lebenserwartung betrug 1977 bei den frauen 75,05 und bei den maennern 68,05 jahre. die von den sozialisten durchgefuehrte gesundheitspolitik bringt fuer die wiener bevoelkerung wesentliche verbesserungen.

die oevp behauptet immer, dem guten zustimmen zu wollen. warum gibt die oevp keine zustimmung zum gesundheitsbudget, das in den letzten fuenf jahren verdoppelt wurde und dessen durchfuehrung den wienerinnen und wienern gute ergebnisse brachte, schloss gr. franziska fast. (sei) (forts)

1548

gemeinderat (8):

gesundheit und soziales (forts)

21 wien, 27.6. (rk) gr. gertrude h a e r t e l (oevp) kritisierte, dass die spoe diese debatte zur jubeldebate ueber die geleistete arbeit der letzten fuenf jahre gestalte. sicher wurde in dieser zeit viel geleistet, dennoch war es eine periode der ver-saeumten gelegenheiten. auf sozialem gebiet wird zwar viel von der zusammenarbeit mit privaten caritativen organisationen gesprochen, in wirklichkeit wird sie nicht praktiziert. alle bemuehungen um die einbeziehung des sozialen hilfswerkes in den kontaktbesuchsdienst sind bisher gescheitert. in der pfarre st. brigitta wird eine ausgebildete altenhelferin beschaeftigt, die bezahlung wird von der stadt wien abgelehnt.

als besonderes anliegen nannte die rednerin: rascher ausbau des kontaktbesuchsdienstes in allen bezirken. beseitigung der diskriminierung der alten durch einen eigenen pensionistenfahrschein. anhebung des richtsatzes bei niedrigem einkommen, um die sozialen hilfen beanspruchen zu koennen. einrichtung einer telefonkette nach schweizerischem muster fuer behinderte, die am meisten unter der isolation leiden. beseitigung von informationsmaengeln ueber soziale dienste durch deren bekanntmachung in den meist gelesenen tageszeitungen, mehr information vor allem fuer eltern von behinderten kindern schon in den sonderkindergaerten. es sind auch bemuehungen notwendig, um eltern geistesbehinderter kinder einen urlaub zu ermoeeglichen. eine hauptsorge der eltern geistesbehinderter kinder ist jedoch: was geschieht mit dem kind, wenn sie selbst gestorben sind? es muessten geeignete heime fuer solche faelle eingerichtet werden, um den behinderten, die ihre angehorigen verloren haben, das siechtum im lainz oder steinhof zu ersparen. (smo) (forts) 1628

gemeinderat (9):

gesundheit und soziales (forts)

9 wien, 27.6. (rk) 1973 wurde die geschaeftsgruppe "gesundheit und soziales" geschaffen, stellte gr. johanna dohnal (spoe) fest. dadurch wurde eine echte integration der beiden bereiche erreicht. die sozialen dienste wurden stark ausgeweitet, die leistungen gesteigert, um vor allem aelteren menschen so lange wie moeglich ein verbleiben in der eigenen wohnung zu ermoeeglichen. ein zentrales anliegen stellte das behindertenwesen dar. die ausgaben fuer die sozialen dienste sind ueberproportional gestiegen. die sozialpolitik nimmt einen sehr hohen stellenwert ein. im vergangenen jahr wurden 1,4 millionen heimhilfe- und hauskrankenpfligestunden geleistet. dohnal wies auf die aktion sofortereinsatz nach einem spitalsaufenthalt hin, die weiter ausgedehnt werden soll.

der besuchsdienst wies 1977 eine leistungssteigerung von 41 prozent auf. im wohnungsreinigungsdienst wurden 18.000 stunden geleistet. die leistungen wurden um 104 prozent erhoeht. die aktion essen auf raedern gibt es seit 1977 auch am sonntag. der repara-

turdienst verzeichnete 727 einsaetze. der kontaktbesuchsdienst wurde schon auf drei bezirke ausgedehnt, fuer weitere bezirke sind die vorarbeiten im gang. die zahl der pensionistenklubs wurde auf 156 erhoert. mit den privaten caritativen organisationen gebe es eine gute zusammenarbeit. uebrigens standen noch nie so viele foerderungsmittel des bundes fuer konfessionelle schulen zur verfuegung.

dohnal wandte sich gegen die einfuehrung von pensionistenfahr-scheinen voellig unabhaengig vom einkommen, denn ''alt'' sei nicht automatisch gleichbedeutend mit ''arm''. besondere bemuehungen gab es auch auf dem informationssektor. broschueren wurden ausgesendet. wenn auch die schriftliche information allein nicht genuege, so wurde der informationsstand dadurch doch verbessert.

der notruf fuer soziales und gesundheit konnte 5.000mal helfen. das platzangebot der pensionistenheime wurde durch das heim in atzgersdorf und den zubau in leopoldau vergroessert. fuer die zukunft ist jaehrlich der baubeginn von zwei pensionistenheimen geplant. auch strukturelle verbesserungen wurden vorgenommen. so wurden die pensionistenklubs in den heimen auch fuer nichtheimbewohner geoeffnet. das probewohnen wird voll in anspruch genommen. die pensionaere haben ein mitspracherecht.

den behinderten muss gezeigt werden, dass sie nicht menschen zweiter klasse sind. die zweite und dritte novelle zum wiener behindertengesetz und die novelle zum blindenbeihilfegesetz brachten wichtige verbesserungen. sieben vereine, die hilfe fuer behinderte leisten, werden subventioniert. seit vier jahren gibt es die ferienaktion fuer behinderte kinder.

in 15 wiener bezirken gibt es mobile schwestern.

das soziale hilfsnetz ist ein grundpfeiler der sozialdemokratischen politik. die sozialdemokratie ist auf diesem gebiet fuehrend und bahnbrechend. (ger)

die debattenredner der spoe haben keinen taetigkeitsbericht gegeben, sondern sie haben bewusst dinge gesagt, von denen man weiss, dass sie nicht stimmen, stellte stadtrat l e h n e r (oevp) fest. die oevp habe dem budget fuer gesundheit und soziales deswegen nicht zugestimmt, weil sie selbst abaenderungsantraege gestellt hat, in denen mehr mittel als vorgesehen beantragt wurden. ausserdem habe sie eine rangordnung der gesundheitspolitischen massnahme verlangt. der bau des krankenhauses sozialmedizinisches zentrum ost erscheine

der oevp jedenfalls weitaus wichtiger, als ein forschungsfonds des buergermeisters der noch dazu die forschungstaetigkeit des wissenschaftsministeriums unterlaufe.

aus den reden der spoe toene selbstherrlichkeit und selbstgefaelligkeit. das markanteste an ihrer funktionsperiode sei jedoch die arbeit auf dem papier. nachdem man die leitenden maenner des anstaltenamtes aus ihren positionen entfernt habe, sei ein spitalsplan erstellt worden, der in der erkenntnis gipfelte, das einiges zu geschehen haette. anschliessend sind gruppendifektionen und bereichsleiter eingesetzt worden und eine superschlueselposition geschaffen worden, ueber die alle akten laufen muessen.

eine studie ueber das psychiatrische krankenhause baumgartner hoehe habe schreckliche zustaende aufgedeckt. erst als die oeffentlichkeit darauf gestossen wurde, beginnen nun die faelligen reformen.

ein bericht ueber den stand der arbeiten zum akh sei noch immer ausstaendig, der finanzierungsmodus und die personalprognosen sind unbekannt.

was den strahlenskandal besonders bedenklich mache, sei die tatsache, dass die unfaelle verschwiegen wurden.

politischen parteien koennen fehler unterlaufen, sagte lehner. den groessten fehler habe die oevp an dem tag gemacht, als sie prof. stacher als amtsfuehrenden stadtrat begruesst hat. (ba) (forts.)

1745

gemeinderat (10):

gesundheit und soziales (schluss)

23 wien, 27.6. (rk) in den letzten fuemf jahren kam es im gesundheitsbereich zu grossen verbesserungen, und die sozialen dienste erreichten einen hohen stand wie nie zuvor, erklarte stadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r (spoe). das weiss auch die bevoelkerung. eine befragung ergab, das 88 prozent der meinung waren, dass in den spitaelern die medizinisch-technischen einrichtungen besser wurden, 67 prozent erklarten, die behandlung ist besser und 57 prozent gaben einen besseren komfort an. der vorwurf der opposition, es wuerde nur auf dem sektor des papiers gearbeitet, geht daneben. abgesehen davon, dass man schwerlich 9,8 milliarden fuer papier aus-

geben kann, ist es doch notwendig, grundlagen fuer eine reorganisa-
tion des gesundheitswesens zu erarbeiten. weil man reorganisieren
musste und wollte, mussten grundlagen erarbeitet werden. die ver-
besserungen sind bereits erkenntlich. zu den debattenbeitraegen nahm
stacher im einzelnen stellung:

in wien ist durch mangelnde strahlenschutzmassnahmen niemand
etwas geschehen. es gibt keinen strahlenskandal, sondern einen un-
fall im jahre 1976, bei dem niemand verletzt wurde. damals fiel einem
arzt im wilhelminenspital eine ampulle mit isotopen auf den boden
und es musste das zimmer gesperrt werden.

ueber die situation der psychiatrie fand vor eineinhalb jahren
eine enquete im rathaus statt. eine nun vorgelegte studie, die
bereits im jahre 1974 begonnen wurde, rundet das bei dieser enquete
gewonnene bild ab. aufgezeigte maengel wurden zum teil beseitigt,
zum teil wird das in zukunft geschehen. jedenfalls hat man den mut,
dieses problem anzugehen.

es ist nicht moeglich, innerhalb von vier jahren den unter-
stand an praktischen aerzten in wien gaenzlich zu beseitigen.
erschwert wird die situation durch das immer in der oeffentlichkeit
gebrachte argument von der "medizinerschwemme".

arbeitsmedizin umfasst mehr als die arbeit in einer klinik.
darunter fallen auch die taetigkeit des arbeitsinspektorates und der
sozialversicherungen.

selbstverstaendlich ist man allen dankbar, die sich in der
sozialarbeit engagieren und leistungen erbringen. so auch den
privaten organisationen, und die stadt uebernimmt auch die kosten
fuer diese taetigkeit.

besser als kleine pflegestationen in den bezirken zu errichten,
ist der ausbau der sozialen dienste. man muss zum menschen kommen.
auf keinen fall sollten kleine bezirkspitaeler gebaut werden.

(sei) (forts)

1807

gemeinderat (11):

geschaeftsgruppe "stadtplanung"

24 wien, 27.6. (rk) als naechstes kapitel wurde die geschaefts-
gruppe "stadtplanung" (amtsfuehrender stadtrat univ.-prof. dr.

./.

rudolf wurzer) behandelt.

gr. dr. hirschall (fpoe) stellte fest, dass von den 14 versprochenen teilkonzepten des stadtentwicklungsplanes bisher erst vier vorliegen. das verkehrskonzept, fuer anfang des jahres versprochen, wurde nun gerade noch vor torschluss zur dikussion gestellt, und es erweist sich als sehr unvollstaendig. es enthaelt eine bestandsaufnahme des oeffentlichen verkehrs. es wird zugegeben, dass die strassenbahn immer unattraktiver geworden ist und es werden auch einige gruende dafuer angefuehrt, unter anderen, dass die linienlaengen verkuerzt wurden. insgesamt ist die laenge der strassenbahn- und autobuslinien in zehn jahren um 10 prozent geringer geworden. die umsteighaeufigkeit ist gestiegen, die fahrzeiten haben sich verlaengert, ebenso sind die intervale laenger geworden. die reisegeschwindigkeit ist um 20 prozent niedriger als im vergleichbaren westlichen ausland. auf 15 linien betraegt sie nur 5,5 bis 9,5 stundenkilometer. lenkungsmaassnahmen fuer den individualverkehr sollen die voraussetzung fuer mehr attraktivitaet der strassenbahn schaffen. dazu dient ein beschleunigungsprogramm. damit wird aber lediglich erreicht, dass die normalen fahrplaene eingehalten werden koennen.

fuer den ausbau des s- und u-bahn-netzes sind die vorstellungen nebulos. klar ist nur die fertigstellung von "u 1", "u 2" und "u 4", samt verlaengering der "u 1" nach kagran. fuer eine weitere ausbauphase gibt es keine konzeption. es werden baukostenschaeztungen genannt, fuer die verlaengering der "u 1" nach sueden 3,5 milliarden, fuer die "u 6" 6,5 milliarden, fuer die "u 3" 13 milliarden, insgesamt also 23 milliarden. da jedoch mit wesentlich niedrigeren jahresraten weitergebaut werden soll, waere ein gleichzeitiger bau dieser linien moeglich. eine rangordnung wird also notwendig sein.

und da haelt die fpoe nach der verlaengering der "u 1" nach kagran die fertigstellung der u-bahn von philadelphiabruecke zur quertelstadtbahn als vordringlich. eine kombinierte u-s-bahn anstelle der "u 3" hat bei experten betraechtliche technische und betriebswirtschaftliche bedenken ausgeloeest.

ebenso wenig konkret ist der weitere ausbau des bundesstrassen-netzes. es wird lediglich in einer fussnote darauf eingegangen - es wird nichts gesagt ueber den quertel, ueber die a 5 ueber die alte

donau, nichts ueber die b 222 und ueber die suedostautobahn. laut planungsstadtrat soll im herbst in einem gesamtosterreichischen kontaktkomitee ueber eine Neubewertung der bundesstrassen gesprochen werden. um den verhandlungserfolg nicht zu gefaehrden, will man die verhandlungsziele vorher nicht bekannt geben. bei soviel geheimhaltung kann man kaum von einem verkehrskonzept, sondern nur von einem geheimkonzept reden. eine diskussion hoert sich damit aber auf.

ueber den ruhenden verkehr enthaelt das konzept wenigstens konkrete vorstellungen. die fpoe war immer fuer den verstaerkten garagenbau eingetreten und sie schlaegt vor, die strafgelder, die heuer voraussichtlich 200 millionen erbringen werden, dafuer einzusetzen. im konzept gibt es vorstellungen fuer den weiteren garagenbau in differenzierter ausfuehrung von den innenbezirken bis in die aussengebiete. und schliesslich gibt es die einsicht, dass die bisherige stellplatzverpflichtung von 2 stellplaetzen fuer 3 wohnungen nicht mehr ausreicht, sondern dass eine stellplatzverpflichtung von 6 stellplaetzen fuer 5 wohnungen notwendig sein wird. die tragenden saeulen einer verkehrskonzeption - oeffentlicher verkehr und strassenverkehr - fehlen jedoch. (smo) (forts)
1830

gemeinderat (12):

stadtplanung (forts)

25 wien, 27.6. (nk) bis heute liegt kein generalplan fuer wien vor, erklaerte gr. dr. m a y r (oepv). ein uebereinstimmendes bild der zukunft wiens fehlt. das problem des ruhenden verkehrs ist bis jetzt ungeloeset. in manchen bezirken gibt es ein so grosses stellplatzdefizit, dass die bevoelkerung ihre autos in anderen bezirken abstellen muss.

1973 wurde eine studie ueber stadtentwicklungsplan und bildungseinrichtungen in auftrag gegeben, von der man nie wieder etwas gehoert hat. das gleiche gilt fuer einen planungsauftrag fuer den rathausplatz. 1973 war auch planungsbeginn fuer den schoenbrunner vorplatz, aber bis heute hat sich nichts geaendert. 1974 hat die oepv den antrag auf verlaengerung der u 1 nach oberlaa gestellt, inzwi-

schen wurde ein grundsatzbeschluss gefasst. von den in einer studie aufgezeigten park and ride-moeglichkeiten wurde nur ein geringer teil realisiert. grundlagenplanungen und baugrunduntersuchungen fuer die u 3 wurden 1974 in auftrag gegeben, von der u 3 ist aber nichts zu sehen. 1974 wurde von der oevp die umwidmung von kleingartengebieten im prater verlangt. vier jahre spaeter wurde dies als antrag der planung positiv erledigt. durch den sogenannten grinzing-plan wurden die grundlagen fuer die rettung traditioneller ortskerne geschaffen. eine oevp-initiative zur schaffung eines parkleitsystems wurde abgelehnt, jetzt taucht diese idee wieder auf.

wahrend der bauarbeiten am hochwasserschutzprojekt ist die hochwassergefahr groesser. wenn die bauraten so fortgesetzt werden, dann ist der verbesserte hochwasserschutz 1991 gegeben. seinerzeit war die fertigstellung fuer 1978 vorgesehen gewesen. 1,5 milliarden wurden bereits ausgegeben, aber vom ziel ist man noch weit entfernt. die bauraten sollten erhoehrt werden, um moeglichst rasch einen hochwasserschutz zu erreichen.

☐ das bodenbeschaffungsgesetz ist nicht geeignet zur loesung staedtebaulicher probleme. auch nach der erlassung der verordnung kam es zu keinen handhabungen.

bei der gestaltung des grabens kam schliesslich nach mehreren architektenauftraegen, einer enquete und dem eingreifen von stadtrat wurzer in die planung ein kompromiss heraus, von dem zu hoffen ist, dass er die zustimmung der bevoelkerung findet.

frueher floss viel geld von der planung an institute, die hochschulen werden nicht genuetzt. jetzt ist es genau umgekehrt.

aufgrund der vorliegenden unterlagen des stadtentwicklungsplanes ist mit einem weiteren bevoelkerungsrueckgang zu rechnen. die stadt-erneuerung muss verstaerkt werden. dabei ist ein buendel von massnahmen notwendig. eine wurde schon gesetzt, indem die gesamtbaukosten im dichtverbauten gebiet hoeher angesetzt werden. geloest muss auch das problem des ruhenden verkehrs werden. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (13):

stadtplanung (forts)

=++++

26 wien, 27.6. (rk) die stadtplanung muss planen und gleichzeitig gestaltend eingreifen. sie ist daher eine immens politische aufgabe an der sich naturgemaess die geister scheiden, sagte gr. e d l i n g e r (spoe). dabei wird die stadtplanung immer schwieriger, denn die kuenftigen wuensche der bevoelkerung werden nicht bloss die quantitative ausweitung der heutigen beduerfnisse sein, sondern sich voraussichtlich auch qualitativ aendern. der einzig moegliche ausgangspunkt fuer die vorausschauende stadtplanung ist die bestehende realitaet.

bei ihrer kritik an der wiener stadtplanung hofft die oevp immer wieder auf die mangelnde informiertheit der bevoelkerung. wenn sich ein projekt als gut erweist, sei auch ein gesinnungswandel der oevp nicht mehr fern. dies sei an hand einiger beispiele zu beweisen:

- o nach fertigstellung des ersten s-bahn-streckenabschnittes zwischen der landstrasse und floridsdorf hat das wiener volksblatt von der schnellbahn "als sozialistischer wahlschlager" gesprochen. spaeter sei zu lesen gewesen, dass die s-bahn dem schnellbahn-konzept der oevp entsprochen habe.

- o die u-bahn sei von der oevp zu einer zeit gefordert worden, als es wichtigere aufgaben, naemlich den wiederaufbau, zu bewaeltigen gab. spaeter habe sie gegen die u-bahn gestimmt, sich jedoch nicht gescheut, bei der eroeffnung des ersten streckenabschnittes im februar 1978 vor den fernsehkameras zu erscheinen.

- o zur uno-city habe es zunaechst nur negativargumente gegeben. knapp vor der eroeffnung bekenne sich auf einmal auch die volkspartei zur niederlassung von internationalen organisationen.

- o das hochwasserschutzprojekt und die donauinsel wurden zunaechst als "faszinierendes projekt" bezeichnet, in der folge von der oevp bekaempft, und heute wird die bevoelkerung mit unkorrekten angaben ueber den hochwasserschutz in angst versetzt.

im oevp-programm "pro wien" werden wichtige bereiche des staedtischen lebens nicht einmal erwaeht. so fehlen beispie-

weise aussagen ueber das bodenrecht, ueber die tarif- und gebuehrenpolitik und ueber kinderfreundliche massnahmen. dafuer werden eingriffe von der stadtverwaltung dort verlangt, wo sich fuer den privaten eine groessere profitmoeglichkeit ergibt. die oevp fordert die errichtung von parkgaragen, aber die firmen die dabei profitieren, sollen nichts zur finanzierung beitragen muessen. die oevp fordert eine wohnstarthilfe fuer freifinanzierte eigentumswohnungen und sie ruft nach eingriffen der stadtverwaltung dort, wo private die probleme nicht loesen koennen.

die opposition empfindet es als "gerecht", buergermeister und spitzenkandidaten zu informieren und reagiert empoeert wenn die spoe die bevoelkerung aufklaert. fuer ein bonmot opfert der oevp-spitzenkandidat den inhalt seiner aussage. anders sei es nicht zu erklaren, wenn busek von einer ausgestorbenen stadt spricht, die von verdaechtigen gestalten besiedelt wird, naemlich von denen, die es sich nicht leisten koennen, hinauszufahren. wenn man bedenkt, dass nur fuenf prozent der wiener bevoelkerung eine zweitwohnung besitzt, so werden 95 prozent aller wiener als verdaechtige gestalten abqualifiziert. buseks traum von einem bewaffneten widerstand gegen die grossfeldsiedlung sei jedoch nicht mehr als bonmot, sondern als gefaehrlich fuer die demokratie zu bezeichnen.

die sozialistische stadtverwaltung will den bewohnern wiens viele moeglichkeiten bieten, ihr leben zu gestalten. sie wird eine urbanere wie eine humanere stadt unter dem motto "wir halten zu wien" planen. (ba)

das verkehrskonzept bringt keine neuen erkenntnisse, erklarte gr. d a l l e r (oevp). es enthaelt nur problemdarstellungen, gibt jedoch keine konkreten massnahmen an.

herbe kritik wird im konzept am oeffentlichen verkehr geuebt. diese kritik rechtfertigt den im jaenner dieses jahres von der oevp gestellten misstrauensantrag gegen stadtrat nekula. sinken des fahrgastaufkommens, kuerzere linien, vermehrtes umsteigen, kein durchziehen des beschleunigungsprogrammes - das ist das ergebnis der verkehrspolitik in wien. die oevp fordert dagegen den ausbau des schnellbahn-netzes, den raschen bau der "u 3", die errichtung von volksgaragen und die verwirklichung des park-and-ride-systems.

fuer den strassenbau fordert die oevp:

- o verknuepfung des oeffentlichen verkehrs mit dem individualverkehr.
- o verstaerkte beruecksichtigung des umweltschutzes.
- o information der oeffentlichkeit im planungsstadium.
- o buendelung von uebergeordneten strassen.

die oevp lehnt dagegen die guertelautobahn, die b 222 durch hietzing, die autobahn durch die lobau sowie die verlaengerung der westautobahn innerhalb des guertels ab. (sei)

gr. a s c h e r l (spoe) beschaeftigte sich mit dem bau des absoluten hochwasserschutzes und stellte fest, dass die mitglieder des zustaeendigen beirates und unterausschusses gruendlich ueber bau- fortschritte und ablaufphasen informiert werden. der hochwasserschutz am rechten donauufer wird 1983 fertig sein, im darauffolgenden jahr wird die begruenung und bepflanzung der daemme erfolgen. das gesamtprojekt wird 1987 fertig sein. umso ueberraschender ist der inhalt eines busek-briefes an die bewohner der angrenzenden bezirke, in dem es heisst, dass seit mehr als fuenfzehn jahren ueber den hochwasserschutz geredet wird. man braucht sich doch nur anschauen, was bisher alles geschehen, das entlastungsgerinne in langenzersdorf und am steinsporn, am unteren teil besonders auch die bereits bestehende erholungslandschaft. wenn in diesem brief geschrieben wird, dass der hochwasserschutz erst 1991 fertig sein wird, so ist das zweifellos ueberholt. der redner wirft der oevp vor, dass sie sich nicht an die ueberpruefbaren fakten halte, sondern eine gewisse katastrophenangst und unsicherheit schuert. ein staedtebauliches grossprojekt und die leistungen der dienststellen des magistrats werden von der oevp falsch dargestellt. (smo) (forts.)

1946

gemeinderat (14):

stadtplanung (forts.)

27 wien, 27.6. (rk) mit der vorlage der ersten kapitel des stadtentwicklungsplanes wurde eine neue phase, die offene stadtplanung, eingeleitet, erklarte gr. ing. n e d w e d (spoe). fuenf wichtige konzepte wurden vorgelegt: bevoelkerung, ueberoertliche

./.

raumordnung, wirtschaft, wohnen und verkehr. die mitwirkung und mitarbeit der bevoelkerung steht im vordergrund, die interessensvertretungen und der verkehrsbeirat nehmen an der willensbildung teil. vertreter der parteien werden zu projektsbesprechungen eingeladen, die opposition erhaelt die entsprechenden unterlagen.

ein wichtiger staatsvertrag wurde abgeschlossen. die planungsgemeinschaft ost wird sich mit zahlreichen probleme befassen.

die grossprojekte trugen zu einer zuwanderung von arbeitskraeften aus den bundeslaendern bei.

bei den kapiteln wirtschaft und wohnen gab es wenige differenzen im ausschuss. die betriebsansiedlungen haben sich bewaehrt.

in den aussenbezirken wird immer noch gebaut, weil es immer noch einen nachholbedarf auf dem wohnungssektor gibt. immer noch gibt es viele substandardwohnungen. auch gibt es einen trend ins gruene. durch das bauen am stadtrand konnte der abwanderung ins umland entgegen gewirkt werden. wer einmal in einem aussenbezirk wohnt, will meist nicht mehr zurueck.

das stadterneuerungsgesetz bietet verschiedene moeglichkeiten, so auch die gruendung von erneuerungsgesellschaften. ing. nedwed stellte die frage, wo auf diesem gebiet die private initiative bleibe. mit dem modellfall ottakring wird das erste verordnungsgebiet beschlossen. das stadterneuerungsgesetz war ein kompromiss. viele bremsen wurden eingebaut, und eine novellierung dieses gesetzes wird notwendig sein.

die oevp sprach immer von einem generalverkehrsplan. solche plaene gibt es heute international nicht mehr, weil sie viel zu starr sind. eine mittelfristige verkehrskonzeption ist flexibel. kurzfristige massnahmen sind sehr wichtig. dazu zaehlen beschleunigungsmassnahmen fuer oeffentliche verkehrsmittel. auf den linien "38" und "49" wurden beschleunigungsprogramme durchgefuehrt, die linien "5", "52" und "58" werden beschleunigt. es genuegt nicht, sich in konzepten zur beschleunigung des oeffentlichen verkehrs zu bekennen, sondern man muss es auch in der taeglichen praxis tun. die durchfuehrung von beschleunigungsprogrammen wird auch davon abhaengen, wie die oevp zu ihren konzepten steht.

die oevp sollte sich auch ueberlegen, ob sie nicht zu einer ausweitung der kurzparkzonen ja sagt.

verkehrsberuhigte zonen sind nur im zusammenhang mit der buendelung des verkehr zu sehen.

der karlsplatz wurde heftig kritisiert, nun zeigt aber eine ifes-befragung, dass 57 prozent der autofahrer, die ueber den karlsplatz fahren, mit der loesung sehr einverstanden sind. nur 22 prozent waren negativ eingestellt. architektonisch wurde der karlsplatz vorbildlich gestaltet. (ger.) (forts)

2007

gemeinderat (15):

stadtplanung (schluss)

28 wien, 27.6. (rk) 76 prozent der bevoelkerung wiens sind der meinung, dass die stadtplanung fuer den einzelnen menschen von grosser bedeutung ist, 39 prozent moechten bei der planung und gestaltung wiens mitarbeiten, 51 prozent moechten vor allem im wohnungsbereich mitentscheiden. diese zahlen beweisen, welche wichtige aufgabe die stadtplanung innerhalb der stadtverwaltung zu erfuehlen hat, stellte planungsstadtrat univ.-prof. dr. rudolf wurzer in seinem schlusswort fest.

wie schwierig die stadtplanung vor allem im bereich von gestaltungsfragen ist, zeigt die gestaltung des fussgaengerbereichs innere stadt. zur gestaltung des grabens und des stephansplatzes gab es zahlreiche kontroversielle und divergente auffassungen. nach einer enquete wurde eine arbeitsgruppe gemeinsam mit architekten, interessensvertretungen und mitarbeitern der stadtplanung gegrueudet. es wurde versucht, in verschiedenen sitzungen eine gemeinsame loesung zu finden. von der oevp als "hinterhof mit wc" abqualifiziert, haben 74 prozent der wiener bevoelkerung den graben als sehr positiv bewertet.

zum stadtentwicklungsplan und zur verkehrskonzeption sei folgendes festzustellen: es ist ein unterschied, ob die arbeiten unter einschaltung von experten innerhalb des magistrats durchgefuehrt werden, oder ob man einfach einen auftrag erteilt. der stadtentwicklungsplan ist magistratsintern nahezu fertiggestellt, bei der verkehrskonzeption fehlen jene teile, wo verhandlungen mit den oebb und dem bund notwendig sind.

zur erstellung von wissenschaftlichen grundlagen und gutachten sei es die pflicht der stadt wien, die besten experten heranzuziehen. da raumforschung und raumplanung relativ neue fachrichtungen sind, deren experten sich vorwiegend an den universitaeten etabliert haben, werden daher auch diese universitaetsinstitute von der stadt wien fuer grundlagenforschungen eingeschaltet.

die sitzung des gemeinderates wird morgen, mittwoch, um 9 uhr fortgesetzt. auf der tagesordnung steht die beratung der geschaeftsgruppen ''kultur, jugend und bildung'', ''personal und sport'' und ''inneres und buergerservice''. hierauf erfolgt die abstimmung ueber den rechnungsabschluss. (ba) (schluss)

- ende des sitzungsberichtes -

2011